

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 14. Februar 1990

am Donnerstag, dem 15. Februar 1990

Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> |
|---------------------------------------|-----------------------------|-------------------------------|-----------------------------|
| Andres (SPD) | 68, 69 | Lowack (CDU/CSU) | 2 |
| Austermann (CDU/CSU) | 8, 48 | Dr. Müller (CDU/CSU) | 49, 50 |
| Frau Becker-Inglau (SPD) | 64, 65 | Müller (Pleisweiler) (SPD) | 66 |
| Frau Blunck (SPD) | 60, 61 | Poß (SPD) | 54, 55 |
| Brauer (DIE GRÜNEN) | 19, 20 | Reschke (SPD) | 56, 59 |
| Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU) | 22, 23 | Dr. Rose (CDU/CSU) | 26, 27 |
| Conradi (SPD) | 5, 30 | Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD) | 67 |
| Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN) | 3, 4 | von Schmude (CDU/CSU) | 9, 10 |
| Frau Eid (DIE GRÜNEN) | 42, 43 | Seidenthal (SPD) | 6, 7 |
| Dr. Emmerlich (SPD) | 12, 13 | Dr. Sperling (SPD) | 28, 29 |
| Engelsberger (CDU/CSU) | 21 | Steiner (SPD) | 82, 83 |
| Erler (SPD) | 86, 87 | Stiegler (SPD) | 11, 47 |
| Dr. Feldmann (FDP) | 72, 73 | Stratmann (DIE GRÜNEN) | 17, 18 |
| Gansel (SPD) | 14, 39 | Such (DIE GRÜNEN) | 33, 34 |
| Frau Hensel (DIE GRÜNEN) | 37, 38 | Toetemeyer (SPD) | 24, 25 |
| Hinsken (CDU/CSU) | 70, 71 | Uldall (CDU/CSU) | 51, 52 |
| Dr. Hirsch (FDP) | 31, 32 | Vahlberg (SPD) | 78, 79 |
| Jäger (CDU/CSU) | 40, 41 | Verheugen (SPD) | 44, 45 |
| Dr. Jens (SPD) | 57, 58 | Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN) | 35, 36 |
| Jungmann (Wittmoldt) (SPD) | 84, 85 | Westphal (SPD) | 62, 63 |
| Dr. Klejdzinski (SPD) | 80, 81 | Dr. de With (SPD) | 46, 74 |
| Dr. Kübler (SPD) | 75 | Frau Wollny (DIE GRÜNEN) | 15, 16 |
| Dr. Lippelt (Hannover) (DIE GRÜNEN) | 76, 77 | Wüppesahl (fraktionslos) | 1, 53 |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | Seite |
|---|-------|
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . . | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz | 4 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . . | 4 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern | 4 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | 6 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation | 7 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau | 7 |
| Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . | 8 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen | 10 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft | 12 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . | 13 |
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung | 14 |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)

Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit und Möglichkeit, die verkehrspolitisch sinnvolle, da auf die Verlagerung hin zum öffentlichen Personennahverkehr gerichtete Forderung Hamburg zum Ausbau der Eisenbahnverbindung Hamburg – Berlin im Rahmen des Bundesverkehrswegeplanes vorrangig zu behandeln und für eine Entlastung der zur Zeit stark befahrenen, teilweise eingleisigen Strecke Hamburg – Schwarzenbek – Büchen durch die Reaktivierung der bestehenden Strecke Maschen – Wulfen – Dannenberg – Dömitz Richtung Berlin im besonderen im Hinblick auf den Güterverkehr zu sorgen, da durch diese Reaktivierung der jetzige Schienenverkehr in die DDR entlastet und eine Realisierung des Vorhabens auf Grund der vorhandenen Eisenbahnstrecke schnell durchführbar ist?

2. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung den Plan der sowjetischen Fluggesellschaft AEROFLOT, eine Direktfluglinie nach Taiwan einzurichten, und ist die Bundesregierung bereit, die Einrichtung einer direkten Flugverbindung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Taiwan zu befürworten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

3. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Bis wann gedenkt die Bundesregierung der langjährigen Forderung der GRÜNEN nach einem 100 MW-Solar-Energie-Programm nachzukommen, und wie ist der detaillierte Stand diesbezüglicher Planungen?

4. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)

Ist es richtig, daß die Zuschüsse zu den Stromvergütungen pro kWh nach dem 100 MW-Wind-Programm noch versteuert werden müssen, und sieht die Bundesregierung darin nicht eine widersinnige Einschränkung der beabsichtigten Fördermaßnahme für die Windenergie?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

5. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß spezielle Regelungen für den gewerblichen Mieterschutz erforderlich sind, um die Gefahr der Verdrängung alteingesessener Geschäfte, zum Beispiel durch Spielhallen und Sex-Shops, zu vermindern, wenn ja, an welche Maßnahmen denkt die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

6. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Hat die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, seit dem 9. November 1989 Kontakt zu den Zonenrandländern gehabt, um festzustellen, wie sich die Veränderungen in Deutschland auf das Zonenrandgebiet finanziell auswirken?
7. Abgeordneter
Seidenthal
(SPD)
- Welchen Bedarf an Bundesmitteln haben die Zonenrandländer insbesondere im Rahmen der Bereiche Kultur und Soziales nachgewiesen, und sind gegebenenfalls zu seiner Deckung Mittel aus dem Nachtragshaushalt 1990 vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe erhalten Übersiedler aus der DDR für welche Einzelbereiche finanzielle Unterstützung (Wohnungsbeschaffung, Arbeitslosenunterstützung pp.) am Beispiel eines Ehepaars mit zwei schulpflichtigen Kindern?
9. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Asylbewerber sich in den letzten fünf Jahren jährlich gemeldet haben, und wie viele von diesen als Asylanten anerkannt worden sind?

10. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung weiter bekannt, wie hoch die Zahl der abgeschobenen Asylbewerber und die der abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerber für denselben Zeitraum ist?
11. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Welche Ergebnisse hatten die Expertengespräche mit der Regierung der CSSR am 6. und 7. Februar 1990 in Prag über die Wiedereröffnung der Grenzübergänge zur CSSR, und hat die Bundesregierung bei dieser Verhandlungsrunde mit der CSSR einen Zeitplan zur Wiederherstellung entsprechender Straßen- und Schienenverkehrswege abgestimmt?
12. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Nachdem die Bundesregierung auf meine mündliche Frage 52 (Drucksache 11/6348) in der Sitzungswoche vom 6. bis 9. Februar 1990 schriftlich geantwortet hat, das Bundeskriminalamt habe keine Vereinbarungen mit Privatpersonen abgeschlossen, in denen diesen die Durchführung von Ermittlungstätigkeiten bei der Strafverfolgung übertragen worden sei, frage ich, will die Bundesregierung bestreiten, daß niedersächsische Polizeibehörden dem Privatdetektiv Mauss, der ihnen vom Bundeskriminalamt zu diesem Zwecke empfohlen worden war, mit vorheriger oder nachheriger Kenntnis und/oder Billigung des BKA Ermittlungsaufträge zur Strafverfolgung erteilt haben?
13. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Will die Bundesregierung bestreiten, daß Mauss polizeiliche Ermittlungen zur Strafverfolgung durchgeführt, auf sie Einfluß genommen, sie teils sogar gesteuert hat und dabei Ermittlungshandlungen mit Hilfe und unter Mitwirkung von Polizeibeamten vorgenommen hat, die der Polizei nach geltendem Recht aus rechtsstaatlichen Gründen verboten sind?
14. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung ihre Auskunft, daß es 1988 und 1989 auf Aussiedler, Übersiedler und Asylbewerberheime 32 politisch motivierte Brandanschläge mit einer Steigerungsrate von 50% im letzten Jahr gegeben hat, und welche Maßnahmen hat sie, gegebenenfalls in Abstimmung mit den Ländern, zur Sicherung solcher Einrichtungen und zur Aufklärung der auf sie verübten Anschläge getroffen?
15. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung die „Deutsche Jugendpresse e. V.“ (djp), die Selbstorganisation von etwa 2 500 Schüler- und Jugendzeitungen, oder aber welche ihrer zehn Landesarbeitsgemeinschaften für eine Neben- oder beeinflusste Organisation der DKP, nachdem die djp im Verfassungsschutzbericht 1988 erstmals genannt wurde?
16. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse lagen dieser Nennung zugrunde, und inwieweit unterscheiden sich die Bewertungen für die Vorjahre sowie für 1989 hiervon?

17. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Welche Haltung wird die Bundesregierung auf der Innenministerkonferenz am 16. Februar 1990 zu der Frage einnehmen, ob die Republikaner bundesweit mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht werden sollen, und wie wird sie dabei das Votum des Bundestagsinnenausschusses vom 7. Februar 1990 berücksichtigen, dies nicht zu tun?
18. Abgeordneter
Stramann
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung es gegebenenfalls für erforderlich, daß der Verfassungsschutz zu der politischen Auseinandersetzung mit den Republikanern Erkenntnisse mit Hilfe einer solchen Überwachung beisteuert, wo doch die wesentlichen politischen Aussagen und Ziel der Republikaner bereits seit langer Zeit durch die Medien bekanntgemacht wurden und die Bewertung ohnehin nur von der Bevölkerung selbst vorgenommen werden kann?
19. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)
- Warum ist von den zuständigen Sicherheitsbehörden bei der nach bisheriger Erklärung der Bundesregierung allein gegen einen spionageverdächtigen DDR-Bürger gerichteten Überwachung nicht bzw. nicht nur dessen Post, sondern die an diesen gerichtete Abgeordnetenpost des Abgeordneten Tietjen kontrolliert worden?
20. Abgeordneter
Brauer
(DIE GRÜNEN)
- Wie tritt die Bundesregierung unseren danach erwachsenden Befürchtungen entgegen, daß auch Briefsendungen anderer Abgeordneter überwacht werden, sofern sie nur an eine Person gerichtet sind, auf die – für die Absender unerkennbar – ein Verdacht der Sicherheitsbehörden fällt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

21. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung das von ihr für Umweltschäden proklamierte Verursacherprinzip bisher noch nicht bei der deutschen Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen und der dadurch entstehenden Schadstoffbelastung durch Schwefeldioxyd, Stickoxyde und Kohlendioxyd zur Anwendung gebracht?
22. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung eingeleitet, um gemäß dem Beschluß der 32. Umweltministerkonferenz vom April 1989 in Düsseldorf die dort begrüßte Bereitschaft des Bundes, das THW bei Umweltschutzaufgaben mit einzusetzen, in praktische Maßnahmen umzusetzen?

23. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Wie ist die Prüfung der Umweltsenatoren und -minister von Bund und Ländern zusammen mit den THW-Landesverbänden gemäß dem Beschluß der 32. Umweltministerkonferenz, TOP 16.7 Punkt 2 nach konkreten Einsatzmöglichkeiten ausgefallen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

24. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Bedeutet die seit dem 1. Januar 1990 bestehende Zuständigkeit der Generaldirektion Deutsche Bundespost TELEKOM, daß diese an politische Vorgaben des Bundesministers für Post und Telekommunikation nicht gebunden ist?
25. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Falls politische Vorgaben des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation in Sach- und Personalfragen nicht mehr möglich sind, womit begründet die Bundesregierung dann die Existenzberechtigung dieses Ministeriums?
26. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, nicht bloß den privaten Betrieb moderner Informationsgeräte wie z. B. AIRCONTROL M 6 strafbar zu machen, sondern auch bereits den Vertrieb?
27. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Denkt die Bundesregierung zur Vermeidung von Straftaten unbescholtener Bürger an ein Werbeverbot für diese Geräte in öffentlich zugänglichen Medien?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

28. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Zu welchen inhaltlichen Ergebnissen ist die im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gebildete „Projektgruppe Belegungsrechte“ bisher gekommen?
29. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Warum wurde die Projektgruppe öffentlich angekündigt, wenn das Ergebnis ihrer Arbeit nicht mitgeteilt werden soll?

30. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Wie ist der Stand der Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. April 1989, durch planungsrechtliche und steuerrechtliche Maßnahmen zum Schutze städtebaulicher Entwicklung und abhängiger Geldspieler beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

31. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- In welchem Umfang wurde im Jahr 1989 die sogenannte strategische Kontrolle durch den Bundesnachrichtendienst ausgeübt, nachdem ihr Umfang vor fünf Jahren mit der Kontrolle von 1,8 Millionen Briefsendungen angegeben worden ist?
32. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Hält die Bundesregierung die Voraussetzungen nach § 3 G 10-Gesetz für zur Zeit noch gegeben, wonach die sogenannte strategische Kontrolle nur zulässig ist zur Sammlung von Nachrichten über „Sachverhalte, deren Kenntnis notwendig ist, um die Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf die Bundesrepublik Deutschland rechtzeitig zu erkennen und einer solchen Gefahr zu begegnen“?
33. Abgeordneter
Such
(DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen hat die Bundesregierung während der letzten zehn Jahre veranlaßt, daß über Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Fraktionsvorsitzende bzw. -vorstände, Vorsitzende und Mitglieder von Ausschüssen, insbesondere von Untersuchungsausschüssen, des Verteidigungs- und Innenausschusses sowie der Parlamentarischen Kontrollkommission und des G 10-Gremiums, Mitarbeiter/innen der Fraktionen und von Abgeordneten beim Bundesamt für Verfassungsschutz, beim Militärischen Abschirmdienst oder beim Bundesnachrichtendienst Informationen gesammelt wurden?
34. Abgeordneter
Such
(DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurden dabei nachrichtendienstliche Mittel angewendet, insbesondere durch Öffnen von Briefsendungen oder Überwachung von Telefongesprächen?
35. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen während der letzten zehn Jahre hat die Bundesregierung über Maßnahmen deutscher Nachrichtendienste gegenüber Abgeordneten des Deutschen Bundestages in der Parlamentarischen Kontrollkommission und im G 10-Gremium jeweils informiert, und war darunter bereits der aktuelle Fall des Abgeordneten T.?

36. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen ging hierbei die Initiative von der Bundesregierung aus?
37. Abgeordnete
**Frau
Hensel**
(DIE GRÜNEN)
- Wie viele ehemalige und wie viele heute noch nicht entlassene Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR hat der Bundesnachrichtendienst im Laufe des letzten Jahres jeweils als feste oder freie Mitarbeiter gewonnen?
38. Abgeordnete
**Frau
Hensel**
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, beim Umfang ihrer Antwort § 1 Abs. 2 des PKK-Gesetzes zur Kenntnis zu nehmen, wonach durch die Kontrolle der PKK die Rechte des Deutschen Bundestages unberührt bleiben, sowie außerdem die Gesetzes-Kommentierung des BMI-Beamten Roewer zur Kenntnis zu nehmen, wonach hierdurch eine volle Parallelzuständigkeit statt exklusiver Kompetenz der PKK festgeschrieben wird?
39. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Gewähr hat die Bundesregierung, daß an der beginnenden Giftgasproduktion in Rabta/Libyen keine Staatsangehörigen aus der Bundesrepublik Deutschland beteiligt sind und daß die von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland bereits angelieferten Komponenten für die noch nicht in Betrieb genommenen Wasseraufbereitungs- und elektronischen Steuerungsanlagen nicht in Betrieb genommen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

40. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die „Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen – Wiedergeburt“ der sowjetischen Partei- und Staatsführung ultimativ die Einstellung der Zusammenarbeit für den Fall angekündigt hat, daß die Pläne zur Wiedererrichtung der Wolgarepublik für die Deutschen in der UdSSR aufgegeben würden, und wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Beratungen über diese Wolgarepublik?
41. Abgeordneter
Jäger
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den Appell der „Allunionsgesellschaft der Sowjetdeutschen – Wiedergeburt“ an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte der Sowjetdeutschen in den UN-Gremien unterstützen, und wenn ja, mit welchen konkreten Schritten?

42. Abgeordnete
**Frau
Eid**
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die Außenminister der EG auf ihrer Konferenz am 20. Februar 1990 in Dublin die Aufhebung der EG-Sanktionen vom September 1986 gegen das Apartheid-Regime in Südafrika erwägen werden, wie dies der Außenminister Großbritanniens verlangt, der als erste Maßnahme die Aufhebung des Verbots von Neuinvestitionen vorschlägt?
43. Abgeordnete
**Frau
Eid**
(DIE GRÜNEN)
- Welche Haltung wird der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Ansinnen seines britischen Amtskollegen bei der Konferenz am 20. Februar 1990 einnehmen?
44. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die südafrikanische Regierung gegenüber dem auch aus Mitteln der Bundesrepublik Deutschland geförderten Wilgespruit Fellowship Centre das „Gesetz zur Offenlegung finanzieller Zuwendungen aus dem Ausland“ erstmals angewendet hat?
45. Abgeordneter
Verheugen
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um die südafrikanische Regierung zu veranlassen, die Maßnahme gegen das Wilgespruit Fellowship Centre zurückzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

46. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Wird es u. a. auch zu einem Truppenabzug im US-Standort Bamberg kommen, und wird sich die Bundesregierung dabei für Hilfsmaßnahmen zugunsten der betroffenen Arbeitnehmer einsetzen? *)
47. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen zur Reduzierung des Schießlärms, insbesondere des Nachtschießlärms am Truppenübungsplatz Grafenwöhr, und bis wann rechnet die Bundesregierung jetzt mit einer entsprechenden Vereinbarung?
48. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Welche Ausgaben sind seitens der Bundesregierung für grenzsichernde Maßnahmen an der Grenze zur DDR im Jahre 1990 (Neubau von Abfertigungsstellen etc.) vorgesehen?

*) siehe Frage 74.

49. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zur geplanten Tabaksteuerharmonisierung für Pfeifen- und Schnupftabak, die zu einer Tabaksteuererhöhung bei Pfeifentabak um 82% und bei Schnupftabak um 7000% führt, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein?
50. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß eine Steuerharmonisierung für Schnupftabak auch dann erfolgen soll, wenn er fast nur in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland als den Hauptverbrauchsländern eine Rolle spielt?
51. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, den angekündigten Gesetzentwurf zur Novellierung des Bausparkassengesetzes vorzulegen?
52. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, in diesem Gesetzentwurf Regelungen vorzuschlagen, die eine Tätigkeit der Bausparkassen auch in der DDR zulassen?
53. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)
- Wie beurteilt und rechtfertigt die Bundesregierung – insbesondere im Hinblick auf das Verfassungsprinzip der Gleichbehandlung – die Tatsache, daß die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden an freie Wählervereinigungen in einer Höhe von 600 DM bzw. 1 200 DM jährlich zugelassen ist, die Abzugsfähigkeit von Spenden an politische Parteien aber in Höhe von bis zu 100 000 DM jährlich, und gedenkt die Bundesregierung diesen Zustand durch eine Gesetzesinitiative abzuändern?
54. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Wird die Bundesregierung nach der Feststellung des Bundesrechnungshofes, daß der Vervielfältiger von 1,5 im Rahmen der Schätzung des steuerpflichtigen Umsatzes der Geldspielgeräte mit dem geltenden Umsatzsteuerrecht nicht zu vereinbaren sei, statt dessen ein Vervielfältiger von 3,125 erforderlich sei, der Aufforderung des Bundesrechnungshofes nachkommen und dafür sorgen, daß das tatsächliche Entgelt als Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer herangezogen wird?
55. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Trifft es zu, daß ab 1. Januar 1990 in allen Fällen ausnahmslos ein bundeseinheitlicher (zu niedriger) Multiplikator angewendet wird, obwohl zur Ermittlung des tatsächlichen Umsatzes, je nach Gerätetyp und Aufstellungsort, unterschiedliche Multiplikatoren erforderlich sind, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den dadurch entstehenden Steuerausfall?

56. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Veranlassung geben, die Steuerausfälle erneut zu überprüfen, bei denen die Aufsteller die Bemessungsgrundlage gemäß Abschnitt 149 Abs. 9 UStR schätzen, obwohl Zählwerke vorhanden waren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

57. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung durch die Änderung der Spielverordnung den Einsatz und Höchstgewinn für Spielgeräte von 0,30 DM/3,00 DM auf 0,40 DM/4,00 DM erhöhen wird und die Mindestspieldauer pro Geldspiel von 15 Sekunden durch eine „flexiblere Durchschnittslösung“ (durchschnittlich 15, mindestens 12 Sekunden) ersetzen wird, und was sind die Gründe?
58. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Glaut die Bundesregierung, daß durch diese Maßnahmen der Intention des Deutschen Bundestages entsprochen wird, um zum Beispiel das Verlustrisiko abhängiger Geldspieler zu reduzieren?
59. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Behauptung der Automatenwirtschaft, daß es keine Geldspielgeräte mit Zählwerken gebe, der Bundesrechnungshof aber das Gegenteil ermitteln konnte und auch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt das Vorhandensein der Zählwerke dem Bundesministerium für Wirtschaft bestätigte?
60. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Teilen die Bundesregierung und die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die Auffassung, daß durch den dem Bundesrat vorgelegten Vorschlag zur Änderung der Spielverordnung die Aufforderung des Deutschen Bundestages zur Eindämmung der Spielhallenflut aus städtebaulichen Gründen und zum Schutz von pathologischen Geldspielern und der Jugend konterkariert wird?
61. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Haben die Bundesregierung und die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit Vorstellungen, wie sich diese Maßnahmen auf die zunehmende Beschaffungskriminalität im Umfeld der Spielhallen und das pathologische Vielspielen auswirken werden?
62. Abgeordneter
Westphal
(SPD)
- Wie sieht die Entwicklung im Bereich der Spielhallen und Geldspielgeräte gemessen an Anträgen und Genehmigungen für die Jahre 1988 und 1989 aus, und wie hat sich die seit 1985 geltende Spielverordnung darauf ausgewirkt?

63. Abgeordneter
Westphal
(SPD) Welche Auswirkungen werden mit Ablauf der Übergangsfristen (nach § 3 Abs. 3 SpielV) 1991 bis 1996 erwartet?
64. Abgeordnete
**Frau
Becker-Inglau**
(SPD) Teilen die Bundesregierung und die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die Auffassung, daß ein wirksamer Schutz vor exzessivem und ruinösem Vielspielen nur durch ein Verbot der Sonder- und Risikospiele erreicht werden kann?
65. Abgeordnete
**Frau
Becker-Inglau**
(SPD) Wie beurteilen die Bundesregierung und die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in diesem Zusammenhang die Selbstbeschränkungsvereinbarung der Automatenwirtschaft bezogen auf Jugendschutz und Spielsucht?
66. Abgeordneter
**Müller
(Pleisweiler)**
(SPD) Warum ist die Konversationsproblematik bei der demnächst in Bonn stattfindenden KSZE-Wirtschaftskonferenz ausgeklammert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

67. Abgeordnete
**Frau
Schmidt
(Nürnberg)**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die Erstattungen von Kinderbetreuungskosten nach § 45 AFG so erhöht werden, daß insbesondere Frauen bei ihrer Rückkehr in das Berufsleben in die Lage versetzt werden, an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung teilzunehmen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der heutige Betrag von 60 DM auf mindestens 100 DM für jedes betreuungsbedürftige Kind erhöht werden muß?
68. Abgeordneter
Andres
(SPD) Welchen Grund sieht die Bundesregierung darin, daß zwar Sprachkurse für Aussiedler im Teilzeitunterricht gemäß § 62 c Abs. 3 AFG gefördert werden, nicht aber für die berufliche Integration der Übersiedler ebenso wichtige berufliche Bildungsmaßnahmen mit Teilzeitunterricht?
69. Abgeordneter
Andres
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Ungleichbehandlung darin, daß zwar für Aussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge Sprachkurse im Teilzeitunterricht gefördert werden, für einheimische Arbeitnehmer – abgesehen von den zeitlich befristeten Ausnahmefällen des § 44 Abs. 2 b AFG – eine Förderung von beruflichen Bildungsmaßnahmen mit Teilzeitunterricht ausgeschlossen ist?

70. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung darüber Angaben machen, wie viele Personen, insbesondere Frauen, nur deshalb arbeitslos gemeldet sind, weil sich dadurch später ihre Rente erhöht, und in welcher Höhe erhöht sich diese dadurch durchschnittlich?
71. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- In wie vielen Fällen wurden im Jahre 1988 bzw. 1989 von den Arbeitsämtern vermittelte Stellen, einmal oder mehrmals, verweigert, und wie oft wurden aus diesen Gründen Sperrzeiten verhängt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

72. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Kann die Bundesregierung Meldungen der Presse, siehe Badische Neueste Nachrichten vom 3. Februar 1990 sowie die kanadische Tageszeitung Sun (Ottawa), bestätigen, daß derzeit Überlegungen angestellt werden, den kanadischen Militärflughafen in Söllingen für eine zivile Teilnutzung als Regionalflughafen der Region Mittlerer Oberrhein zu öffnen, und in welcher Phase befinden sich diese Überlegungen?
73. Abgeordneter
Dr. Feldmann
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit der Realisierung eines gemischten militärischen und zivilen Flugbetriebs auf dem Flughafen in Söllingen vor dem Hintergrund der abnehmenden militärischen Bedrohung durch den Warschauer Pakt einerseits und der wirtschaft- und umweltpolitischen Zukunftsperspektiven der mittelbadischen Region andererseits?
74. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereits von den Vereinigten Staaten von Amerika informiert worden, wo und wie in diesem Jahr und später US-Truppen aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen werden?
75. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach der Konkretisierung der Truppenreduzierungspläne der USA zuallererst die durch militärische Einrichtungen besonders belasteten Ballungsräume (wie der Rhein-Neckar-Raum) durch Truppenabzug und Aufgabe militärischer Anlagen entlastet werden müssen, und wird die Bundesregierung zu diesem Zweck schon jetzt mit Planungen zur Reduzierung und Aufgabe militärischer Anlagen gemeinsam mit der amerikanischen Regierung beginnen?

76. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Besteht die Bundesregierung auch nach der Sperrung des Truppenübungsplatzes Munster-Nord noch gegen den Willen der Bürgerinitiative Breloh auf ihrer Absicht, den Truppenübungsplatz um 11 ha im Gebiet der Gemeinde Breloh zu arrondieren?
77. Abgeordneter
Dr. Lippelt
(Hannover)
(DIE GRÜNEN)
- Wie groß wird der Umkreis bemessen, in dem über den Truppenübungsplatz Munster-Nord hinaus Bodenproben gezogen werden, nachdem nun seit Jahrzehnten auf dem Gebiet des Truppenübungsplatzes Schieß- und Schanzübungen stattgefunden haben?
78. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung aktuell die geplante Stationierung des Waffensystems PATRIOT in der Gemeindeflur Peißenberg (Guselried) vor dem Hintergrund der Entwicklung in Osteuropa und der sich abzeichnenden Vereinigung der beiden Teile Deutschlands?
79. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Wie sieht gegebenenfalls der zeitliche Ablauf der Stationierung dieses Waffensystems aus?
80. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist es richtig, daß bereits im Spannungsfall die Einsatztruppendeile der Bundeswehr in die ihnen zugewiesenen Einsatzräume verlegen, die in der Regel nicht mit ihren Friedensstandorten identisch sind?
81. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auch einen Teil dieser durch die Heimschläfersituation schon jetzt freien Unterkunftskapazität vorübergehend für Aus- und Übersiedler zur Verfügung zu stellen, oder was spricht dagegen?
82. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Ist es richtig, daß viele Kasernenunterkünfte, die verkehrsgünstig oder in Ballungsgebieten liegen, einen hohen Heimschläferanteil haben und deshalb diese Unterkunftskapazitäten nur zu einem sehr geringen Teil wirklich genutzt werden?
83. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Ist es aus dienstlichen Gründen zwingend geboten, für jeden Heimschläfer einen Unterkunftsplatz nach den Kriterien für kasernenpflichtige Soldaten dienstgradabhängig bereitzustellen?
84. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Wie ist der Stand der Planung für die vom Bundeskabinett beschlossene Reduzierung der Bundeswehr auf 400 000 Soldaten?
85. Abgeordneter
Jungmann
(Wittmoldt)
(SPD)
- Mit welchen personellen Auswirkungen dieser Reduzierung rechnet die Bundesregierung für das Land Schleswig-Holstein und die einzelnen dortigen Bundeswehrstandorte?

86. Abgeordneter
Erl
(SPD) Hält die Bundesregierung ihre Empfehlung an die Industrie aufrecht, von Abstürzen militärischer Flugzeuge gefährdete Industriearale durch „Härtungsmaßnahmen“ zu sichern, wie dies die Bundesregierung zuletzt Mitte Januar 1990 gegenüber der BASF vorgeschlagen hat?
87. Abgeordneter
Erl
(SPD) Welche Forderungen für die Praxis militärischer Flüge über oder in der Nähe von chemischen Großanlagen zieht die Bundesregierung aus dem Unfall von Maxdorf am 18. Dezember 1989, auf den hin Vorstandssprecher der BASF von einer „unverantwortlichen aber vermeidbaren Gefährdung“ gesprochen haben und die Vermeidung einer Katastrophe lediglich auf „riesiges Glück“ zurückführten?

Bonn, den 9. Februar 1990